



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 179 Postulat Roth David und Mit. über Uber in Luzern verbieten / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 179 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
David Roth hält an der Dringlichkeit fest.

David Roth: In anderen Kantonen hat die Einführung eines entsprechenden Verbots hohe Dringlichkeit. Es geht darum, dass auch bei einer neuen Wirtschaftsform die Gesetze eingehalten werden. Im Moment laufen bereits Verfahren von Sozialversicherungen gegen Uber. Ich bin überzeugt, dass auch der Kanton Luzern rasch handeln sollte, und zwar nicht nur in Bezug auf diese einzelne Firma, sondern auch um allen anderen Firmen gegenüber ein Zeichen zu setzen. Die Dringlichkeitskriterien sind gegeben, und auch die Bevölkerung erwartet Antworten von uns. Ich bitte Sie deshalb, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Im Namen der Regierung bitte ich Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Die gesetzlichen Grundlagen werden sehr wohl angewendet. So finden differenzierte Kontrollen durch die Luzerner Polizei oder die Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (Wira) statt. Ein Gerichtsentscheid aus dem Kanton Zürich ist zurzeit noch ausstehend, dieser wird aber schweizweit Auswirkungen haben. Für eine ausführliche Stellungnahme benötigen wir etwas mehr Zeit. Ich kann Sie aber beruhigen, die gesetzlichen Grundlagen werden eingehalten.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 85 zu 33 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.